

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

299 (1.7.1931) Morgenausgabe

Badische Presse

und **Handels-Zeitung**

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 1. Juli 1931.

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 M. im voraus im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 3.— M. Durch die Post bezogen monatlich 2.80 M. Einzelpreise: Werktag-Nummer 10 Pf., Sonntag-Nummer und Feiertags-Nummer 15 Pf. — Am Fall höherer Gewalt, Streik, Auslieferung usw. das der Betreiber keine Anforde rung vergrößert oder Rückstellungen der Zeitung. — Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den Monats-Beitrag angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Beile 0.40 M. Stellen-Gesuche Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. — Bekannte Beile 2.— M. an erster Stelle 2.50 M. Bei Wiederholung tariflicher Rabatte, der bei Nichterhalten des Beiles, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Kon- furen außer Kraft tritt. Erläuterungs- und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Eigentum und Verlag von: **Hermann Eberhard**. Verantwortlich: **Karl Volk**. Redaktionsrat: **Dr. H. Müller** für politische Nachrichten; **Dr. H. Müller** für badische Nachrichten; **Dr. H. Müller** für Kommunalpolitik; **Dr. H. Müller** für Lokales und Sport; **Dr. H. Müller** für das Feuilleton; **Dr. H. Müller** für Literatur und Kunst; **Dr. H. Müller** für den Handelsteil; **Dr. H. Müller** für die Anzeigen; **Dr. H. Müller** für alle in Karlsruhe (Baden). Berliner Redaktion: **Dr. Kurt Metzger**. Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054. Hauptgeschäftsstelle: **Kaiserstraße Nr. 80 a**. — Postcheckkonto: **Karlsruhe Nr. 8359**. — Beilagen: **Wolk und Heimat** / **Städtische Umschau** / **Nomadenblatt** / **Sportblatt** / **Frauen-Zeitung** / **Beile** und **Bader-Zeitung** / **Landwirtschaft** / **Gartenbau** / **Karlsruher Betriebs-Zeitung**.

Regierungswahl in Baden.

Die Landtagsmehrheit billigt die Erweiterung.

* Am Dienstag nachmittag 4 Uhr trat der Badische Landtag im alten Weindrenneraal zusammen, um die Wahl der neuen Regierung vorzunehmen. Die alte Regierung war zurückgetreten, so daß eineinhalb Stunden lang bei leeren Regierungsbänken in Baden ein Interim herrschte, bis die neuen Minister durch den Ausruf in ihren Ämtern bestätigt waren.

Angesichts der sommerlichen Schwüle herrschte im Rondell nicht nur bei den weiblichen Landesboten das Hell der Kleidung vor; am leichtesten hatte es sich der Kommunist Böning gemacht, der im offenen Schillerhemde erschien. Die Abgeordnetenbanken wiesen nur wenige, durch Krankheit oder Behinderung bedingte Lücken auf und auf den Tribünen drängten sich die Besucher dicht an dicht. Nachdem eine Reihe von Parteien ihre Wahlenthaltung in längeren Erklärungen begründet hatten, wurde die Wahl in geheimer Zettelabstimmung vorgenommen, selbst für die beiden Staatsräte, da die Kommunisten es nicht ohne diese zeitraubende Handlung tun wollten.

- Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:
- Minister des Innern **Maier** (Soz.): 54 Stimmen, Abg. **Bod** (Komm.) 4 Stimmen, Abg. **Werk** (Nat.) 1 Stimme, 12 Zettel weiß; 10 Abgeordnete gaben keine Stimmzettel ab.
- Außenminister **Wittmann** (Ztr.): 56 Stimmen, Abg. **Bod** (Komm.) 4 Stimmen, 11 Zettel weiß.
- Kultus- und Unterrichtsminister **Dr. Schmitt** (Zentr.): 54 Stimmen, Abg. **Bod** (Komm.) 4 Stimmen, Abg. **Duffner** (Zentr.) 1 Stimme, 12 Zettel weiß.
- Finanzminister **Dr. Mattes** (DVP.): 53 Stimmen, Abg. **Bod** (Komm.) 4 Stimmen, 13 Zettel weiß.
- Staatsrat **Küfert** (Soz.): 52 Stimmen, Staatsrat **Heurich** (Zentr.): 51 Stimmen, Abg. **Bod** (Komm.) 4 Stimmen, 21 Zettel weiß.
- Staatspräsident: Außenminister **Wittmann**: 53 Stimmen, stellvertretender Staatspräsident: Innenminister **Maier** 52 Stimmen, 13 Zettel weiß.

Da der zum Minister gewählte Abg. Maier sein Amt als 1. Vizepräsident des Landtags niederlegte, wurde auch für diesen Posten Neuwahl erforderlich. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der Abg. **Reinhold** (Soz.) mit 49 Stimmen gewählt, während auf den Abg. **Bod** (Komm.) wieder 4 Stimmen entfielen.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß der vollparteiliche Abgeordnete **Bauer** seinem Widerspruch gegen den Eintritt seiner Partei in die Regierung dadurch Ausdruck verlieh, daß er vor der Abstimmung den Saal verließ.

Der Glückwunsch des Landtagspräsidenten.

Nachdem die Minister den Platz auf der Regierungsbank eingenommen und sich bereit erklärt hatten, das Amt anzunehmen, sprach ihnen im Namen der Mehrheit des Hauses Landtagspräsident **Duffner** den Dank aus. Seine einleitenden Worte wurden verständlich von dem kommunistischen Abgeordneten **Böning** durch Zwischenrufe gestört, der dann nach Ordnungsrufen aus dem Saal verwiesen wurde. Auch sein Parteigenosse **Klausmann** mußte zur Ordnung gerufen werden. Nachdem der Landtagspräsident seinem Bedauern über diesen Zwischenfall im Interesse des Parlamentes, aber auch der Tribünenbesucher, Ausdruck verliehen hatte, fügte er seinem Danke noch den Glückwunsch der Landtagsmehrheit hinzu. Er schloß seine Rede mit der Versicherung, daß durch die Regierungserweiterung ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Lösung der staatspolitischen Aufgaben getan worden sei und die Verbreiterung der Verantwortungsbasis aus allgemeiner politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Gesichtspunkte Baden zum Segen gereichen werde. „Je breiter die Grundlage ist“, fügte Präsident **Duffner** weiter aus, „auf der der Staat und die Volkswirtschaft ihre Bestrebungen aufbauen können, um so segensreicher werden diese Bestrebungen und diese Bestrebungen auch für das Land und das Volk sein, in materieller und staatspsychologischer Hinsicht.“

Der Präsident dankte dann den bisher dem Kabinett angehörenden Ministern und gedachte besonders des ausscheidenden Ministers **Dr. Kemmle**. Seine Begrüßungsworte an die neuen Minister galten namentlich Innenminister **Maier** und Finanzminister **Dr. Mattes**. Zu letzterem gewandt, erklärte Präsident **Duffner**: „In schwerer Zeit, in einer finanziellen Notzeit auf einen solchen Posten berufen zu werden, legt ein hohes Maß von Vertrauen voraus. Darum darf ich mit meiner Begrüßung auch den Glückwunsch und den Wunsch verbinden, daß es ihm gelingen möge, in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts die finanziellen Geschäfte des Landes so zu führen, daß sie der Gesamtwirtschaft unseres Landes Segen bringen. Sie treten, Herr Finanzminister, ein in Ordnung gehaltenes Ministerium an. Wenn die allgemeine Wirtschaftslage, die Unsicherheit und die Arbeitslosigkeit die finanzielle Lage eines Staatswesens zu erschüttern vermögen, so dürfen wir vom badischen Staatswesen sagen, daß es trotz aller Belastungen wenigstens innerlich gesund ist; wir dürfen dies als ein besonderes Verdienst des bisherigen Finanzministers **Dr. Schmitt** anerkennen.“

Das Gelöbnis des Staatspräsidenten.

Anschließend brachte Staatspräsident **Wittmann** namens der neuen Minister den Dank für die Worte der Anerkennung zum Ausdruck. Die neue Regierung, erklärte er, sei sich bewußt, daß sie unter außerordentlich schwierigen und verantwortungsvollen Verhältnissen die Führung der Staatsgeschäfte übernehme. Es sei Bestreben und fester Wille der neuen Regierung, im Rahmen der Verfassung nach Gesetz und Recht dafür einzutreten, daß in der badischen

Heimat Ordnung und Ruhe gewahrt bleiben, und daß von der Regierung alles geteue, um aus der Not der Zeit in wirtschaftlicher Beziehung wieder besseren Verhältnissen entgegenzugehen.

Nach dem Wahlaust wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen, um dann die auf der Tagesordnung stehenden Punkte zu erledigen.

Erklärungen der Parteien.

Vor der Wahlhandlung hatten Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationale, der Evangelische Volksdienst, Wirtschafts- und Bauernpartei und die Demokratische Partei Erklärungen abgegeben. Der Kommunist **Lechleiter** benutzte die Gelegenheit, um das „werttägige Volk“ — wie er es ausspricht — zum Kampfe gegen die „völlig überhandnehmenden Maßnahmen der Brüning-Regierung“ und ihr „Ausführungsorgan in Baden“ aufzurufen. In der Erklärung des Nationalsozialisten **Köhler** fiel besonders auf, daß sie sich auf die Kritik an der sozialdemokratischen und der Deutschen Volkspartei beschränkte, das Zentrum aber unerwähnt ließ. Seine Feststellung, „die Regierungsparteien genießen nicht mehr das Vertrauen des badischen Volkes; insbesondere trifft dies für die sozialdemokratische Partei und die Deutsche Volkspartei zu“, wurde vom Zentrum mit Lachen aufgenommen. Er gab namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie sich an der Wahl nicht beteiligen werde. Diefelbe Erklärung gab der Deutschnationale **Schmitt** ebenfalls ab, der der Deutschen Volkspartei zum Vorwurf machte, mit dem Marxismus zu paktieren und die Erweiterung der Zahl der Minister kritisierte. Die Verdrängung des bisherigen Finanzministers durch den Volksparteiler **Dr. Mattes** lasse sich allenfalls rechtfertigen, wenn es **Dr. Mattes** gelänge, in kürzester Frist eine wesentliche und spürbare Milderung des Steuerdrucks herbeizuführen. Namens des Evang. Volksdienstes bezeichnete der Abg. **Berggöth** die Verbreiterung der Regierung als eine Selbstverständlichkeit, zumal nach dem letzten Reichstagswahlergebnis die Regierung in Baden eine ausgesprochene Minderheitsregierung sei. Trotzdem er an der Wiederbesetzung des Justizministeriums Kritik übte, brachte er zum Ausdruck, daß seine Gruppe ihre Entscheidungen gegenüber der Regierung sich von Fall zu Fall vorbehalte. Der Wirtschaftsparteiler von **Au** sah von einer grundsätzlichen Stellungnahme zur neuen Regierung ab und befandete die Wahlenthaltung seiner Partei. Zum Schluß brachte der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Abg. **Hoskeinz**, noch deren Stellungnahme zum Ausdruck, wobei er betonte, die Fraktion anerkenne grundsätzlich, daß angesichts der politischen Verhältnisse eine mögliche Herbeiführung aller ehrlich und aufrichtig auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden politischen Gruppen in die gemeinsame Regierungsverantwortung geboten sei. Sie sehe jedoch in der heutigen Regierungsumbildung und -erweiterung keine Maßnahme staatlicher Notwendigkeit. Die Erfahrungen in früheren Koalitionsverhältnissen und insbesondere auch in den letzten 2 Jahren badischer parlamentarischer Arbeit gäbe den Demokraten keine Sicherheit dafür, daß bei einem Eintritt in die Regierung etwa das Zentrum für die Zukunft weniger als bisher sein Übergewicht vom politischen Standpunkt auszunutzen bestrebt wäre, oder daß die Sozialdemokratie mit mehr Nachdruck und mit mehr Aussicht auf Erfolg sich diesem dominierenden Einfluß zu entziehen und entgegenzustellen vermöchte. Hoffentlich verstände andererseits aber auch nicht, daß der Augenblick kommen könne und werde, bei dem alle staatsbeherrschenden Kräfte auf der Grundlage des heutigen Staates sich zur gemeinsamen Abwehr- und Aufbauarbeit zusammenschließen. Bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes werde die Staatspartei ihre Aufgabe, Volk und Staat zu dienen und den Reichsgedanken zu stärken, auch in ihrer Oppositionsstellung mit allem Nachdruck zu erfüllen bestrebt sein.

Demery interpelliert.

Senatsdebatte über Hoover-Plan

B. Paris, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht der „Bad. Presse“.) Nachdem die Kammer erst letzten Freitag eine fünfzehnjährige Debatte über den Hooverplan und die französischen Gegenentwürfe geführt hat, fand heute abend anlässlich der Interpellation des Senats **Demery** auch im Senat eine längere Aussprache hierüber statt. Während in allen anderen Ländern die Verhandlungen über den Hooverplan bisher ausschließlich von den verantwortlichen Regierungen geführt worden ist, hat das französische Parlament zweimal innerhalb einer Woche versucht, die heiklen diplomatischen Verhandlungen durch öffentliche Kundgebungen zu beeinflussen und die französische Regierung unter Druck zu stellen. Es hat allerdings den Anschein, als ob der französischen Regierung dieser Druck nicht ganz unerwünscht wäre, bietet er doch den französischen Ministern die Möglichkeit, bei den Verhandlungen mit Amerika das starre Festhalten an dem in der französischen Note niedergelegten Standpunkt durch den Hinweis auf die öffentliche Meinung zu rechtfertigen. Dieser Eindruck wurde durch die heutige Senatsdebatte, in der alle Redner nur zu oft ostentativ betonten, die Autorität der Regierung bei den Verhandlungen mit Amerika nicht beeinträchtigen zu wollen, womöglich noch verstärkt. Andererseits verlautet wieder, daß die Regierung **Laual** entschlossen sei, Kammer und Senat noch im Laufe der heutigen Nacht vorzeitig auf Urlaub zu schicken, um so für die entscheidenden Verhandlungen mit Staatssekretär **Mellon** freie Hand zu bekommen.

Der Hauptinterpellant des heutigen Tages, Senator **Demery**, der zwar der radikalen Fraktion des Senats angehört, aber seit Jahren als einer der heftigsten Gegner der Briand'schen Außenpolitik bekannt ist, befaßte sich im Laufe der Interpellation, die auf den größten Teil des Hauses sichtlich starken Eindruck machte, weniger mit den finanziellen Auswirkungen als mit der Form des amerikanischen Vorschlages, den er als „Überempfehlung“ und als ein „Ultimatum“ bezeichnete. Sachlich sei der Hooverplan weder für Frankreich noch für Deutschland befriedigend, denn entweder dauere das Moratorium wirklich nur ein Jahr, dann reiche es nicht aus, um der deutschen Wirtschaft wirklich Erleichterung zu bringen, oder Deutschland werde nach Ablauf dieses Jahr-

res die Zahlungen nicht aufhören, und dann seien Frankreichs Interessen preisgegeben und die französischen Steuerzahler in unerträglicher Weise belastet. Der amerikanische Vorschlag habe nur den Zweck gehabt, Deutschland das Ansuchen um ein Moratorium im Rahmen des Youngplans zu ersparen.

Der nächste Redner, der nationalistische Senator und frühere Präsident der Republik **Millierand**, bezeichnete es dann in heftigen Ausfällen gegen Deutschland als einen schweren Fehler der französischen Regierung, daß sie nicht vor Annahme des Hooverplans eine entscheidende Aussprache mit Deutschland herbeizuführen gesucht habe. Die französische Regierung müßte von Deutschland verlangen, daß es sich vor dem Spruch des Haager ständigen Gerichtshofes unverzüglich auf den Youngplan verzieht.

Senator **de Jouvenel**, der der unabhängigen Linken des Senats angehört und zu den geistreichsten Rednern des französischen Parlaments gehört, erklärte dann, es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß die Reparationszahlungen die Hauptursache der deutschen Wirtschaftskrise seien. Die deutsche Krise sei vielmehr eine durch die Fehler der deutschen Politik, namentlich durch den Ausgang der letzten Reichstagswahlen hervorgerufene Kredit- und Vertrauenskrise. Zur Wiederherstellung des Vertrauens genüge aber der Hooverplan nicht. Frankreich sei bereit, unter gewissen Garantien dem von Präsident Hoover vorgeeschlagenen Zahlungsausschub beizustimmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß Deutschland seinerseits in einen Verzicht auf den Anspruch auf die Kampagne für die Revision der Verträge einwillige.

Im Namen der Regierung ergriff dann zunächst Finanzminister **Flaudin** das Wort, der mit denselben Argumenten wie kürzlich in der Kammer dem Senat davon zu überzeugen suchte, daß der Hooverplan vom finanziellen Standpunkt für die Interessen Frankreichs wesentlich günstiger sei, als ein Moratorium nach dem Youngplan es wäre.

Nachdem nun Ministerpräsident **Laual** das Wort ergriffen hatte — wir werden noch darauf zurückkommen —, nahm der Senat mit 197 gegen 5 Stimmen eine vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses eingebrachte Entschließung an, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt und die Notwendigkeit der Achtung der internationalen Verträge und Abkommen betont.

Kommunistenkrawall in Berlin.

Ein Schutzpolizist erschossen.

* Berlin, 30. Juni. (Funkpruch.) Am Dienstag abend fanden in der Wilmersdorfer Straße und in der Frankfurter Allee im Osten Berlins größere kommunistische Aufmärsche und Kundgebungen statt, wobei Polizeibeamte tätlich angegriffen, mit Steinen beworfen und sogar beschossen wurden. Zu einem schweren Zusammenstoß kam es gegen 19 Uhr in der Frankfurter Allee, wo ein Aufmarsch von 800 Kommunisten stattfand. Eine herbeieilende Polizeistreife rief sofort das Ueberfallkommando an. Als dieses eintraf, wurden die Beamten mit Steinen beworfen und beschossen. Dabei wurde der Führer des Ueberfallkommandos, der Polizeioberwachmeister **Emil Kuhfeld**, durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Er wurde sofort in die Rettungsstelle gebracht, wo er verstarb. Den übrigen Beamten gelang es, die Menge durch Schreckschüsse auseinander zu treiben, wobei 17 Personen festgenommen wurden.

Plünderungen in Breslau.

* Breslau, 30. Juni. (Funkpruch.) Am Dienstag mittag kam es in Breslau am Neumarkt zu Geschäftsplünderungen durch kommunistische Erwerbslose. Trupps von 15 bis 20 Mann drangen in verschiedene Geschäfte, Bäckereien und Fleischerereien auf dem Neumarkt und in der Breitelstraße ein und drohten, die Läden zu plündern und zu zerstören, wenn ihnen nicht Lebensmittel ausgehändigt würden. Die eingeschüchterten Geschäftsinhaber ließen sich gezwungen, Wurst, Fleisch und Backwaren an die Plünderer zu verteilen. Als ein Ueberfallkommando erschien, hatten sich die Erwerbslosen bereits entfernt.

500 Todesopfer der Hitze in USA.

* Newyork, 30. Juni. (Funkpruch.) Die über das ganze Land verbreitete Hitze hat bisher insgesamt 500 Opfer gefordert, davon allein am letzten Tage 230 durch Hitzschlag oder Ertrinken. Besonders heimge sucht ist der mittlere Westen, wo die Bauern gezwungen sind, hart zu arbeiten. In den Datotafstaaten und in Nebraska herrscht überdies noch die Heuschreckeneplage.



Die neuen Minister.

Kultusminister Dr. Schmitt.

Gebürtig in Lauda 1874, besuchte Dr. Franz Josef Schmitt die Volksschule seiner Heimatstadt und dann das Gymnasium Tauberbischofsheim. Er studierte darauf an den Universitäten Heidelberg und Berlin Rechtswissenschaft und promovierte später in Freiburg als Doktor der Rechte. 1896 Rechtspraktikant, lehrte er nach bestandenen zweiten Staatsexamen 1899 als Referendar. 1900 wurde Dr. Schmitt Amtsrichter in Forstberg. 1901 erfolgte seine Berufung als Kollegialmitglied des katholischen Oberstiftungsrates, 1919 die Ernennung zum Geheimen Finanzrat. Im Jahre 1921 wurde Dr. Schmitt auf der Landesliste des Zentrums als Abgeordneter in den Badischen Landtag gewählt, wo man ihn in den Haushaltsausschuss und in den Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung delegierte. Außerdem betätigte er sich im Landesbildungsausschuss. Am 27. Februar 1925 legte Dr. Schmitt sein Mandat nieder, weil er als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Geheimrats Schmidt zum Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts ernannt worden war. Im Februar 1927 wurde ihm als Nachfolger Dr. Köhlers, der dem Ruf



als Reichsfinanzminister nach Berlin gefolgt war, das Amt des badischen Finanzministers übertragen.

Staatsrat Heurich.

Freibolin Heurich ist aus Hessen-Nassau gebürtig und steht im 53. Lebensjahre. Nach dem Besuch der Volks- und Gewerbeschule war er bis 1906 im Bauhandwerk beschäftigt. Heurich betätigte sich als eifriges Mitglied der christlichen Gewerkschaftsbewegung; er bekleidet seit 1908 führende Stellen im Christlichen Bauarbeiterverband und ist seit 1925 Bezirksleiter dieses Verbandes für Baden, Württemberg, Pfalz und Saargebiet in Karlsruhe. Außerdem ist er Landesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaften Südwestdeutschlands und geschäftsführendes Mitglied des Ausschusses des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland in Stuttgart. 1919 erstmals in den Landtag gewählt, vertritt er dort als Mitglied der Zentrumsfraktion den Wahlkreis Ettlingen. Er gehörte ferner dem Landesvorstand des Badischen Zentrums und als Vorsitzender dem Arbeiterbeirat dieser Partei an. Schließlich fungiert Heurich auch als Vorstandsmitglied der Deutschen Zentrumspartei, während er im Vorstand der Landtagsfraktion das Amt eines Beisitzers ausübt.

Staatsrat Leopold Rüdert

zu Karlsruhe im Jahre 1881 geboren, betätigte sich schon in jungen Jahren in der Arbeiterbewegung, wofür er viele Jahre hindurch Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Karlsruhe war und seit einigen Jahren Landesvorsitzender der Freien Angestelltenverbände Badens ist. Schon 1909 wurde er in den Bürgerausschuss gewählt; 1919 wurde er Mitglied der Nationalversammlung und ist seitdem auch Mitglied des Badischen Landtags. In der vorläufigen Volksregierung war Rüdert Verkehrsminister und im ersten Kabinett der badischen Republik Arbeitsminister. Seit dem Ausscheiden Marxus aus dem Badischen Landtag ist Rüdert Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

Motorrad gegen Lastwagen.

Offenburg, 30. Juni. Heute nachmittag, gegen 5 Uhr, stieß an der Kreuzung Spital- und Ritterstraße ein Motorradfahrer heftig gegen einen Lastkraftwagen. Er trug bei dem Zusammenstoß neben äußeren Verletzungen allem Anschein nach auch innere Quetschungen davon. Der Verunglückte wurde in das Städtische Krankenhaus verbracht.

Vom Fuhrwerk gestürzt.

Oh. Oppenau, 30. Juni. Ofersbauer Peter Braun von Lierbach fuhr gestern vormittag mit seinem Wagen, in dem sich noch die Schwiegereltern befanden, nach Hause. Auf der Vierbachstraße schlug heute das Pferd infolge eines Infektionsfalls, wodurch Frau Braun und ihre Mutter unter das Fuhrwerk gerieten. Beide erlitten eine Gehirnerschütterung, die Mutter, Frau Börsig aus Ramsbach, noch einen Unterschenkelbruch. Die beiden Frauen und der Schwiegervater Börsig, der mit leichten Verletzungen davon kam, mußten ins hiesige Krankenhaus eingeliefert werden. Börsig konnte bereits wieder entlassen werden, während die Verletzungen der beiden Frauen nicht unbedenklich sind. Braun selbst erlitt keine nennenswerten Verletzungen.

Staatspräsident und Justizminister Wittemann.

Josef Wittemann wurde am 4. März 1866 in Buchen, wo sein Vater Stadtschreiber war, geboren. Von 1872 bis 1875 besuchte er die Volksschule seiner Heimatstadt und die höhere Bürgerschule, dann die Gymnasien in Ehingen a. d. Donau und Tauberbischofsheim bis



1884. Von 1884 bis 1891 studierte er Rechtswissenschaft und Literatur an den Universitäten Freiburg, Basel, Straßburg, Heidelberg und München. Am 9. April 1890 trat er als Rechtspraktikant in den badischen Staatsdienst ein, bestand 1894 die zweite juristische Staatsprüfung, wurde 1897 Amtsrichter in Forstberg, 1900 Amtsrichter in Donaueschingen, 1903 Oberamtsrichter daselbst und 1908 zum Landgerichtsrat in Offenburg ernannt. In dieser Stadt war er von 1912 bis 1917 Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums. Im gleichen Jahre wurde er als Landgerichtsrat nach Freiburg versetzt und im August 1919 als Oberlandesgerichtsrat nach Karlsruhe berufen. Im April 1919 erfolgte seine Ernennung zum Staatsrat, 1920 zum Ministerialrat im Staatsministerium. Am 1. Mai 1923 wurde er mit dem Amt eines Präsidenten des Rechnungshofes betraut. Als Mitglied der Zentrumspartei gehörte Wittemann dem Badischen Landtag von 1905 bis Ende Oktober 1925 an. Im alten Badischen Landtag bis Kriegsende vertrat er den 8. Wahlkreis Bönndorf-Waldshut. In die Nationalversammlung wurde er im damaligen 1. Wahlkreis Donaueschingen-Konstanz gewählt. In der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919 war Josef Wittemann Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Haushalts- und Rechtspflegeausschusses, wie er auch im alten Landtag Mitglied einer Reihe von Kommissionen war. Im Jahre 1921 wurde ihm auch das Präsidium des Badischen Landtags übertragen, das er bei Übernahme der Stelle als Präsident des Rechnungshofes niederlegte. Seit dem 22. November 1929 war Josef Wittemann badischer Minister des Innern und bekleidete bis her auch das Amt des badischen Staatspräsidenten.

Wir verweisen auf unsere Morgenausgabe vom letzten Samstag, in der wir Bild und Personalien von Finanzminister Dr. Maier

tes, und die Personalien von Innenminister Maier bereits veröffentlichten.

Der Urlaub der bad. Beamten-Abgeordneten

Amtlich wird mitgeteilt: Nach Artikel 39 der Reichsverfassung bedürfen Beamte zur Ausübung ihres Amtes als Mitglieder des Reichstags keines Urlaubs. Hierzu hat die Reichsregierung für die Reichsbeamten folgende Richtlinien aufgestellt: Die Ausübung der Obliegenheiten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags wird stets angenommen für die Zeit der Tagung und einer kurzfristigen Vertagung des Reichstags oder Landtags. Während der Zeit einer langfristigen Vertagung liegt eine Ausübung der Obliegenheiten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags dann vor, wenn der Abgeordnete sich einer Tätigkeit unterzieht, die mit seinem Mandat in engem Zusammenhang steht, z. B. der Teilnahme an den Sitzungen eines Ausschusses, dem er als Mitglied nicht angehört, Teilnahme an Fraktionsitzungen, Teilnahme an Wählerversammlungen, um dort Rechenschaft abzulegen, und ähnliches. Eine Vertagung ist kurzfristig, wenn sie nicht länger als 14 Werktage dauert; bei längerer Dauer ist sie langfristige. Will ein Beamtenabgeordneter während einer langfristigen Vertagung des Reichstags oder Landtags sein Abgeordnetenamt in vorliegendem Sinne ausüben, so hat er seinem Dienstvorgesetzten rechtzeitig hiervon Anzeige zu erstatten. Durch Entschließung des Staatsministeriums vom 6. Juni 1931 wurde bestimmt, daß diese Richtlinien über die Beurlaubung der als Parlamentarier tätigen Beamten auch auf die badischen Staatsbeamten gleichmäßig Anwendung zu finden haben.

Innenminister Maier.



Turnen / Turn / Turn

NEUESTE SPORTNACHRICHTEN DER BADISCHEN PRESSE

II. Kunstturnertag der Kunstturner-Vereinigung Breisgau in Offenheim

Bei schönstem Wetter und zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Breisgauer Turngauens fand am Samstag der II. Kunstturnertag der K.T.V. Breisgau in Offenheim statt. Nach einem in allen Teilen wohlgeplanten Festbankett am Samstag abend begannen am Sonntag früh 6 Uhr die Wettkämpfe der aktiven Mitglieder der K.T.V. mit einem Geräte-Kampf in Ober- und Unterstufe unter der Leitung des bewährten Mannschaftsführers, Turnwart Karl Burg, vom Turnverein Jahn Freiburg. Die Wettkämpfe selbst widelten sich durch die Mitarbeit alter erprobter Kampfrichter schnell und reibungslos ab, sodaß nach einem schon verlaufenen Schauturnen der Kunstturnervereinigung am Nachmittag der Leiter der K.T.V., Turnwart Hans Kieffer von der Freiburger Turnerschaft v. 1844, die Siegereverenz mit folgendem Ergebnis vornehmen konnte:

Oberstufe: 1. Kurt Knappe, T.V. Dinglingen, 142; 2. Jul. Steiger, T.V. Jahn, Freiburg, 138; 3. Adolf Häs, T.V. Jahn, Freiburg, 136; 4. Heiner Jäggle, Freib. Turnerschaft v. 1844, 128; 5. Karl Konath, Freib. Turnerschaft v. 1844, 125; 6. Werner Margenberg, Freib. Turnerschaft v. 1844, 119; 7. Erich Göhringer, T.V. Lahr v. 1846, 114; 8. Fritz Kucherer, T.V. Lahr v. 1846, 112 Punkte.

Unterstufe: 1. Oscar Rüd, Freib. Turnerschaft v. 1844, 141; 2. Werner Benz, T.V. Offenheim, 139; 3. Kaiser, Alfred, Freib. Turnerschaft v. 1844, 137; 4. Karl Heil T.V. Jahn, Freiburg, 134; 5. Fritz Knappe, T.V. Dinglingen, 130; 6. Ernst Zimmermann, T.V. Zähringen, 130; 7. Erich Hug, T.V. Jahn, Freiburg, 130; 8. Emil Sohn, T.V. Friesenheim, 129; 9. Fritz Benz, T.V. Offenheim, 128; 10. Wilhelm Ringwald, T.V. Teningen, 128; 11. Max Kuhn, T.V. Weihenheim, 127; 12. Erwin Klingler, T.V. Jahn, Freiburg, 127; 13. Alfred Kopsmann, T.V. Jahn, Freiburg, 126; 14. Rudolf Bühler, T.V. Zähringen, 125; 15. Adolf Rüdbaum, T.V. Offenheim, 125; 16. Herm. Lang, Freiburger Turnerschaft, 125 Punkte.

Der schöne Verlauf des Kunstturnertages ist das besondere Verdienst des 2. Leiters der K.T.V. Breisgau, Kurt Knappe, Dinglingen und des Vorsitzenden vom Turnverein Offenheim, Rudolf Benz, die in monatelangen Vorarbeiten den II. Kunstturnertag vorbereiteten und durch die Mitarbeit aller beteiligten Kunstturner zu einer begeisterten Werberveranstaltung für das schöne, wertvolle Kunstturnen ausstatteten.

Sothen Dertel gestorben.

Nach mehrtägigem Krankenlager ist im Rudersdorfer Krankenhaus der am Donnerstag in Strausberg mit Ernani so schwer gestürzte Hindernisreiter Martin Dertel am Montag abend ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verschieden. Dertel hatte einen schweren Schädelbruch davongetragen, und am Sonntag war noch eine Lungenentzündung hinzugekommen, die seinen Zustand bedeutend verschlimmerte. Mit Dertel, der ein Alter von 34 Jahren erreichte, ist der beste deutsche Hindernisreiter nach dem Kriege dahingegangen.

Kreis-Frauenfechtmeisterschaften im 10. Kreis der Deutschen Turnerschaft.

Einen wesentlichen Aufschwung hat das Damen-Fechtsport in den letzten Jahren genommen. Auch in Baden erfreut sich der Fechtssport unter den weiblichen Anhängern der D.T. einer stetig wachsenden Beliebtheit. Am nächsten Sonntag finden im Hochschulsportstadion in Karlsruhe die Kreis-Sonderklassen-Kämpfe des X. Kreises statt. Neben der vorjährigen Siegerin, Fräulein Schleicher-Billingen, haben sich aus allen badischen Städten die besten Fechterinnen gemeldet. Man ist gespannt, ob die vorjährige jugendliche Siegerin in der Lage ist, ihren Titel mit Erfolg zu verteidigen. Von den vorjährigen Endrundensiegerinnen nehmen an den diesjährigen Wettkämpfen teil: die Damen Kahl, Stech (beide vom K.T.V. 1846 Karlsruhe) und Smitznow (M.T.V.).

Zu dem Fußball-Städtekampf Freiburg - Karlsruhe wird uns zu dem im Montag-Sportblatt veröffentlichten Bericht mitgeteilt, daß von den erzielten 9 Karlsruher Toren sechs durch den glänzend disponierten Wüßburger Mittelstürmer Moser geschossen wurden.

Vom Karlsruher Hochschulsport. Von den Fußballmannschaften der Techn. Hochschule Karlsruhe werden in dieser Woche folgende Spiele ausgetragen: Mittwoch, 1. Juli, 18.30 Uhr: Techn. Hochschule I - F.C. Bönitz; Freitag, 3. Juli, 19 Uhr: Techn. Hochschule II - F.C. Baden A. S. Weiterhin findet am Samstag, 4. Juli, 18 Uhr, ein Handballspiel Techn. Hochschule - M. T. V. statt. Der Eintritt zu allen Spielen ist frei.

Trinkt **Freyersbacher Sprudel**
 FREYERSBACHER MINERALQUELLEN BAD PETERSTAL (RENCHTAL)
 Zur Mischung mit Wein oder Fruchtsäften vorzüglich
 Hervorragendes Tafel- und Gesundheitswasser / zu Trinkkuren für Gesunde und Kranke ärztlich bestens empfohlen
 Gegen Erkrankung der Schleimhäute, Atmungs- und Verdauungsorgane, Magen-, Nieren- und Blasenleiden
 Wirksamstes Heilmittel - Blutbildend

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 1. Juli 1931.

Juli.

Es neigen sich schon die Ähren unter der Körner Last. Die Früchte an den Bäumen wachsen und schwellen. Es reifen die Kirichen, Wäse heben den breiten Kopf aus dem Waldboden, es naht die Vollenbung des Frühlingswertes, die Reife. Heudast liegt über den Wiesen und Höfen. Die Stare haben ihr Nest verlassen und ziehen in Schwärmen umher. Alles harzt auf den Segen, der wieder neu Kammern und Küche füllen und Vorrat schaffen soll für lange Winterzeit. Aber warm muß es werden: „Im Juli großer Sonnenbrand ist gut für alle Leut auf Land“ und „wenn die Hundstog warm und klar, zeigts an ein gutes Enteejahr“. So hofft der Landwirt, so hoffen wir alle Jahr für Jahr auf die Erfüllung der alten Wetterregel. Wenn der Juli vergeht, ist unser Hoffen dahin. Theodor Storm hat uns so wunderolle Verse über den Juli geschaffen:

Klingt im Wind ein Wiegenlied,
Sonne warm herniederzieht,
Seine Lehren lenkt das Korn,
Rote Beere schmilzt am Dorn,
Schwer von Segen ist die Flur —
Junge Frau, was sinnst Du nur?

Ja, was sinnst du nur? Soll man da nicht sinnend verhalten, wenn die Natur auf der höchsten Stufe der Entwicklung steht und in ihren Früchten zeigen soll, daß der Kern gut war?

Zu wünschen wäre es nur, daß wir im beginnenden Hochsommer die Sonne recht oft zu sehen bekommen, damit alle auf ihre Kräfte kämen. Die Zaudernde, die aus der Stadt in das stille Land ziehen, wollen doch alle Erholung haben und nicht unter dem Regenschirm und im Pelz durch die Landschaft wandern.

Der neue Präsident der Oberpostdirektion Karlsruhe.

Mit der Leitung der Oberpostdirektion Karlsruhe vom 1. August an ist der Ministerialrat Gies im Reichspostministerium vom Herrn Reichspostminister beauftragt worden.

Herr Gies ist 1875 in Frankfurt (Main) geboren und gehört der Deutschen Reichspost seit 1894 an. Nach Bestehen der höheren Verwaltungsprüfung 1902 war er in Gießen, Bessen-Rastau, Pommern und Berlin tätig. Während des Krieges zunächst in der Heimat mit der Zusammenfassung der Postformationen und mit der Organisation des Militärtelegraphistendienstes (Einrichtung von etwa 50 Lehrgangsschulen, darunter eine bei der Oberpostdirektion Karlsruhe) betraut, erzielte er 1915/16 ein Militärtelegraphen- und Fernsprechnetz auf dem südböhmischen Kriegsschauplatz und stand bis Kriegsende als Regimentskommandeur an der Spitze des Militär-Nachrichtendienstes in jenen Gebieten. Nach dem Kriege nach Frankfurt (Main) versetzt, wurde er 1924 als Delegierter des Reichspostministeriums für die besetzten Gebiete beim interalliierten Oberkommando nach Wiesbaden abgeordnet und 1928 ins Reichspostministerium berufen, wo ihm die Bearbeitung der internationalen Verträge u. a. übertragen wurde. Er war 1926 Vertreter des Reichspostministeriums bei der Auslegung des Amerikatabels nach den Voren, 1927 Regierungsbevollmächtigter bei der Weltfunkkonferenz in Washington, 1929 in gleicher Eigenschaft bei der Schiffssicherheitskonferenz in London. Im Mai/Juni 1931 war er Führer der deutschen Delegation zur Konferenz des Internationalen Beratenden technischen Funkausstellung in Kopenhagen. Herr Gies gehörte der Marine des früheren Karlsruher Telegraphenbataillons von seiner Gründung bis zum Kriegsbeginn an.

Steuerkalender für Juli.

- 1. Juli. Zahlung der 2. Hälfte der Gebäudeversicherung.
5. Juli. Lohnabzug für die Zeit vom 15.—30. Juni. Keine Schonfrist.
10. Juli. Einkommensteuervorauszahlung für das 2. Kalenderdritteljahr 1931 mit 1/4 der im letzten Steuerbescheid festgesetzten Steuerhöchst nebst 10 v. H. Landeskirchensteuerzuschlag.
10. Juli. Körperschaftsteuervorauszahlung für das 2. Kalenderdritteljahr 1931 mit 1/4 der im letzten Steuerbescheid festgesetzten Steuerhöchst.
10. Juli. Umsatzsteuervoranmeldung und Umsatzsteuervorauszahlung für das 2. Kalenderdritteljahr 1931.
15. Juli. 2. Viertel der Grund- und Gewerbesteuer 1931 nebst 10 v. H. Landeskirchensteuerzuschlag.
20. Juli. Lohnabzug für die Zeit vom 1.—15. Juli. Keine Schonfrist.

Zum Ableben des Herrn Generalkonsuls Carl Himmelsberger wird uns noch berichtet, daß der Verstorbenen nach Absolvierung des Realgymnasiums, der kaufmännischen Lehre und des einjährigen Freiwilligenjahres beim Badischen Leibregiment mehrere Jahre im Ausland in einer großen Exportfirma tätig war. In die Webefabrik Gebr. Himmelsberger trat er nach dem Tode seines Onkels im Jahre 1886 ein und widmete seine ganze Kraft dem aufblühenden Geschäft, dessen Sentorhof er zuletzt war.
Diebstähle. Ein junger Arbeiter von hier mußte vorläufig festgenommen werden, weil er in dem dringenden Verdacht steht, an einer verschlossenen Wohnung einen Geldbetrag von 8 RM. entwendet zu haben. — Ein Handwerker aus Neuburgweiler ermittelte die Anzeige, daß ihm gestern um die Mittagszeit aus seinen Kleider, welche er in einer verschlossenen Bauhütte bei Daxlanden aufgehängt hatte, ein Geldbeutel mit 23 RM. Inhalt gestohlen worden sei. Die Erhebungen sind eingeleitet. — Am Montag wurden sechs Fahrräder entwendet.

Voranzeigen der Veranstalter.

- (-) Promenadenkonzert. Die Volkstheater veranstaltet heute (Mittwoch) von 5—6 Uhr auf dem Schloßplatz unter Leitung von Obermusikmeister Heika ein Promenadenkonzert.
(+) Kaffeehaus. Auf das heutige Mittwochskonzert sei hinzuweisen. Es ist Kapellmeister Henning, der die Romane aus Wien ausführt.
Am Café Museum gastiert ab heute Alfons Jäger mit seiner Tango- und Konzertkapelle. Kapellmeister Jäger ist in Karlsruhe kein Unbekannter, da er bereits vor mehreren Jahren ein Gastspiel gab. Zunächst war er in Ungarn, Ungarn, Litzke und Schmeitz, zuletzt im Grand Hotel Nürnberg. Die Saiten der Kapelle sind Absolventen der Musik-Hochschule: Dresden, Leipzig, Berlin und München.
Café Decon. Heute Mittwoch findet das Eröffnungskonzert der Kapelle statt, die von der Direktion des Café Decon zu einem Gastspiel verpflichtet worden ist. Die Kapelle konzertierte bisher auf dem Dagmarplatz des Hotel Alhambra, Berlin, Kurfürstendamm. Siehe auch die Anzeige.

Aus Beruf und Familie.

Sein 40-jähriges Dienstjubiläum feiert am 1. Juli Herr Artur Carl Henning, Ingenieur, in den Berlin-Karlsruher-Industrie-Werken. Seine vorbildliche Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit, seine große Erfahrung und außerordentliche Fähigkeit als Konstrukteur, sein erfindungsreicher und schöpferischer Geist, fanden bei seiner Firma sowie bei seinen Mitarbeitern und Kollegen allgemeine Anerkennung.
Arbeitsjubiläum. Am 1. Juli ist Herr Fritz Häbke 30 Jahre bei der Firma Gies- und Kopienhandlung Jakob Wurdach, Weinst. 10, als Buchmann tätig.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.
Sterbefälle. 20. Juni: Julie Starl, geb. Messmer, 60 Jahre alt, geb. von Georg Starl, Stuhlhammer; Max Schadt, Chemann, 39 Jahre alt, Schneider.

Die Arbeitslosenunterstützung

nach der neuen Notverordnung.

Neben vielen anderen gesetzlichen Bestimmungen, wird durch die neue Notverordnung der Reichsregierung auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz in einer größeren Anzahl von Punkten wesentlich geändert.

Besonders einschneidend sind die neuen Bestimmungen über die Kürzung der Unterstützungsleistungen

sowohl für die Arbeitslosen, wie auch für die Krisenunterstützung. Die neuen Vorschriften sind schon verschiedentlich in der Presse eingehend erörtert worden. Sie treten mit dem 29. Juni d. J. bereits in Kraft. Gegenüber den bisherigen Bestimmungen der Sozialversicherung haben jedoch die neuen Bestimmungen deswegen eine ganz besondere Bedeutung, weil nicht nur die nach dem 29. Juni beginnenden Unterstützungsfälle von den neuen Vorschriften erfaßt werden, sondern weil auch sämtliche am 29. Juni laufenden Unterstützungsfälle auf die Bestimmungen der Notverordnung umgestellt werden müssen. Die hiernach geänderten Unterstützungssätze sollen bereits zum erstenmal in den zwischen dem 13. und 18. Juli liegenden Auszahlungstagen zur Auszahlung gelangen.

Für die Arbeitsämter bedeutet die Umstellung vorübergehend eine außerordentlich schwere Mehrbelastung, da innerhalb 14 Tagen sämtliche laufenden Fälle nochmals, unter Berücksichtigung der neuen Bestimmungen, umgearbeitet werden müssen.

Um über die Bestimmungen der neuen Notverordnung jedem Arbeitslosen die nötige Aufklärung zu geben, verteilt die Arbeitsämter in diesen Tagen an die Arbeitslosen ein Merkblatt, das die wichtigsten Vorschriften der Notverordnung und die Art und Weise ihrer Durchführung enthält. Ferner wird das Arbeitsamt in den nächsten Tagen noch nähere Mitteilungen über die Durchführung einiger wichtiger Einzelbestimmungen in der Presse bekannt geben.

Die Anrechnung von Renten.

Nach § 112 a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind bestimmte Renten auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Die Zahl der Renten, die anzurechnen sind, wird durch die neue Notverordnung wesentlich ermäßigt worden. Von der Anrechnung sind folgende Renten oder Rentenbestandteile:

- 1. Pflegegeld aus der Unfallversicherung;
2. Pflegezulage, Führerzulage, Zulagsrente nach dem Reichsversicherungsgezet;
3. Uebergangsrenten nach § 5 der 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherungen nach Berufsanknüpfen.
Die übrigen Renten der Reichsversicherungsordnung, dem Knappschaftsgesetz, der Angestelltenversicherung oder einer Zulagsversicherungsanknüpfung, ferner Renten aus dem Reichsversicherungsgezet, Altersrenten, Kriegsbeschädigtengezet, Wehrmachtsversicherungsgezet, Militärerversorgungsgezet und die Versorgungsgezet für die Schutzpolizei sind grundsätzlich anzurechnen.

Von der Anrechnung frei bleibt von diesen Renten lediglich ein Betrag von 15 Mark monatlich (bisher 30 Mark). Die Anrechnung der hiernach neu zu berücksichtigenden Renten oder Rentenbestandteile hat ebenfalls vom 29. Juni an auf die laufenden Fälle zu erfolgen.

Da jedoch in den Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsanträgen bisher nicht sämtliche Renten angegeben wurden, so muß gegenwärtig erneut von sämtlichen Arbeitslosen festgestellt werden, ob sie oder ihre Angehörigen irgendeine Rente beziehen, gegebenenfalls welcher Art und in welcher Höhe. Zum Zwecke dieser Feststellung erhalten sämtliche Arbeitslose von den Meldestellen einen besonderen Fragebogen ausgehändigt, den sie umgehend ausfüllen und der Meldestelle wieder zurückgeben sollen. Abgesehen von der Kürzung des Freibetrags, ist die Verringerung der Rentenanzrechnungsbestimmungen besonders für diejenigen Fälle zu beachten, in denen eine Kriegsbeschädigtenrente gewährt wird. Zu beachten ist übrigens, daß auch die Kriegsrente auf Grund der neuen Notverordnung gekürzt wird.

Jugendliche und Frauen.

Nach den neuen Bestimmungen haben Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Bisher galt diese Bestimmung nur für Arbeitslose unter 16 Jahren. Die Durchführung dieser Bestimmung wird zu erfolgen, daß in jedem Einzelfall, sofern ein diesbezüglicher Antrag gestellt wird, von den Arbeitsämtern geprüft wird, ob Bedürftigkeit i. S. der Krisenunterstützungsverordnung vorliegt. Er-

gibt die Berechnung, daß Bedürftigkeit vorliegt, so wird grundsätzlich die Arbeitslosenunterstützung auch unter 21 Jahre alten Jugendlichen gewährt.

Auch bei verheirateten Frauen wird künftig die Arbeitslosenunterstützung nur dann gewährt, wenn Bedürftigkeit i. S. der Krisenfürsorgebestimmungen vorliegt. Die Anwendung der neuen Vorschriften wird von den Arbeitsämtern in der Weise gehandhabt werden, daß für Jugendliche unter 21 Jahren und verheirateten Frauen die Arbeitslosenunterstützung in der bisherigen Höhe zum letzten Male in der Woche vom 6. bis 11. Juli ausbezahlt wird. Eine Weitergewährung nach diesem Zeitpunkt kommt nur in Frage, wenn bei jedem einzelnen die Bedürftigkeit auf Grund eines besonderen Antrags als vorliegend anzuzeigen wird. Zu diesem Zwecke muß von den Jugendlichen und Frauen ein besonderer Antrag (auch zwar das Antragsformular auf Krisenunterstützung) eingereicht werden. Auf Grund dieses Antrags erfolgt alsdann die Prüfung der Bedürftigkeit seitens des Arbeitsamts. Es empfiehlt sich also, diesen Antrag möglichst bald beim Arbeitsamt, bzw. dessen Außen- und Nebenstelle einzureichen.

Die Behandlung der Saisonarbeiter.

Einschneidend sind auch die Bestimmungen über die Unterstützung der Saisonarbeiter — wer Saisonarbeiter ist, regelt sich nach den bisherigen Bestimmungen. Es fallen darunter diejenigen Arbeitslosen, die in den letzten 26 Wochen ihrer Arbeitnehmerschaft mindestens in einem Beruf oder Betrieb tätig gewesen sind, in denen die Arbeitslosigkeit berufsbefähig ist. Für die hiernach betroffenen Berufe und Betriebe gelten demnach die alten Vorschriften weiter.

Ist die Zugehörigkeit zu einem solchen Beruf auf Grund der Prüfung der Beschäftigungsverhältnisse festgestellt, so wird der Arbeitslose als Saisonarbeiter behandelt. Für ihn verkürzt sich die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen. Ferner erhält er die Unterstützung nach den jeweiligen Lohnklassen der Krisenfürsorge.

In allen laufenden Fällen ist deshalb zunächst festzustellen, ob ein Arbeitsloser die Saisonarbeiterzugehörigkeit besitzt. In diesen Fällen wird also die Unterstützung auf die Lohnklassen der Krisenfürsorge herabgesetzt.

Sobald ein Saisonarbeiter bei etwaiger Wiederaufnahme der Arbeit eine Beschäftigung von mindestens 14 Wochen in einem Beruf oder Betrieb nachweisen kann, der nicht zu den Saisonberufen, bzw. -Betrieben gehört, hat er jedoch bei erneuter Arbeitslosmeldung Anspruch auf Gewährung der normalen Arbeitslosenunterstützung, da er dann die Eigenschaft als Saisonarbeiter verlor. Ist ein arbeitsloser Saisonarbeiter ausgespart und hat Anspruch auf Krisenunterstützung, so verlängert sich die Höchstbezugsdauer der Krisenunterstützung um insgesamt 6 Wochen. Sie kann also 38 Wochen und bei über 40jährigen 51 Wochen betragen.

Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung.

Nach der Notverordnung wird die Arbeitslosenunterstützung in allen Fällen vom 29. Juni d. J. an um 5 Prozent des Einheitslohns gekürzt. Die tatsächliche Kürzung der Unterstützung ist jedoch höher und beträgt etwa zwischen 10 und 16 Proz. Von der Kürzung wird jedoch nur die Hauptunterstützung erfaßt, nicht dagegen die Familienzuschläge.

Eine gewisse Verbesserung tritt durch die neue Vorschrift bei solchen Arbeitslosen ein, die mehr als 5 Zuschlagsempfänger haben. An Stelle von bisher 5 Familienzuschlägen können künftig sechs Familienzuschläge gewährt werden.

Die Wartezeit.

Geändert sind durch die Notverordnung auch die Wartezeiten. Bei Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ab 29. Juni beträgt die Wartezeit bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen 21 Tage, bei Arbeitslosen mit 1, 2 und 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen 14 Tage, bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 7 Tage. Die verkürzte Wartezeit wird nur dann gewährt, wenn die Arbeitslosmeldung im Anschluß an Kurzarbeit, Arbeitsunfähigkeit oder behördlicher Verwahrung von mindestens 4 Wochen (bisher 2 Wochen) erfolgt.

Von diesen neuen Bestimmungen werden alle Fälle erfaßt, in denen die Wartezeit am 29. Juni noch läuft, selbstverständlich erst recht alle Fälle, in denen die Wartezeit erst nach dem 29. Juni d. J. beginnt.

Städt. Sparkasse, Karlsruhe.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß am 1. Juli 1931 der

Hypotheken-Zins

für das zweite Vierteljahr 1931 fällig ist. Wer nicht Gefahr laufen will, den vertraglich festgelegten Erbschaftszins und sogar die Kosten eines Zwangsversteigerungsverfahrens zu tragen, so möge er, ehe der Zins fällig wird, für die pünktliche Bezahlung der Zinsrücklagen Sorge für die pünktliche Bezahlung der Zinsrücklagen treffen. Auch derjenige, welcher künftige Zahlungsanstellungen gegeben hat, den Zinsbetrag von seinem Girokonto abbuchen zu lassen, muß sich dafür sorgen, daß volle Deckung für den ganzen Zinsbetrag rechtzeitig vorhanden ist. Zinsrücklagen werden im Sparbuchversteht nicht anzurechnen; bei nicht oder nicht genügender Deckung müßte auch hier in voller Umfang Erbschaftszins und Mahnergebühren angemeldet werden. Es wird bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß an keinem künftigen Girokontenverhältnis zu ändern hat, um selbst für volle Deckung auf seinem Girokonto rechtzeitig zu sorgen hat. (2023) Städtisches Sparkassenamt.

Schnakensalbe

Tube RM - 60
Sicherstes Schutzmittel!
Alleiniger Hersteller und
Verkauf:
U.V.A. Friedr. Springer
Markgrafstr. 62
(Laden) Tel. 5293

Bekanntmachung

Die Inhaber der im Monat November 1929 unter Nr. 88398 bis Nr. 41888 ausgestellten bzw. erneuerten Pfandbriefe werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längst 8. Juli 1931 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen. Mithingegen die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. (1776) Karlsruhe, den 30. Juni 1931. Städt. Pfandleihkasse.

Zwangs-Versteigerungen

Zwangsversteigerung. Am Donnerstag, den 2. Juli 1931, um 14 Uhr, werde ich in Karlsruhe, im Pfandleihkassenamt, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsbüro öffentlich versteigern: 1 Gutverste, 1 Grammodion mit 2 Platten, 1 Platte, 1 Standuhr, 1 Uhrengehäuse, 3 Barometer, zwei Tabakpfeife, 1 Druckmaschine, 1 Sägebohrmaschine, 1 Nähapparat, 1 Drechsel, 1 Hobelbank, 1 Kasten, 1 Stuhl, (2319) Karlsruhe, den 30. Juni 1931. Richter, Gerichtsvollzieheramt.

Unterricht

Unterricht in Sitter, Saute, Mandoline, Violine erlernt. A. Mühl, Musiklehrer, Bismarckstr. 5, (1561)

Reisig's Weinessig, Tafelsenf, Gurken, Weinbrand, Fruchtsäfte sind leicht verkäufliche Qualitätsartikel. Fr. Reisig, Heidelberg. Verlangen Sie Preis.

KLEINE ANZEIGEN

haben den größten Erfolg in der Badischen Presse

Lebenskraft für Ihr Haar! Hoher Staubgehalt der Luft, starke Beanspruchung der Kopfnerven, Altersvorgänge im Zellenaufbau des Körpers — all das sind Kräfte, die Ihr Haar stumpf und glanzlos machen. Erhalten Sie ihm die Gesundheit und Schönheit durch regelmäßige Pflege mit '4711' Portugal. Dies altbewährte Haarpflegemittel befreit die Kopfhaut von Schuppen und Staub, regt die Kopfnerven an und steigert die Aufbauenergie der haarbildenden Organe. Das Haar bleibt länger gesund, schmiegsam und reich an Glanz und Fülle — jeder Tag bringt ihm neue Lebenskraft. Original-Flaschen RM 2,20, 3,60. Flasche Reise-Flaschen RM 2,50, 4.—. No. 4711. Portugal.

